

Maßnahmevorschläge des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung zu den Anhörungsergebnissen zur Situation im Erfurter Süd-Osten im Umgang mit Rechtsextremismus

Der Unterausschuss Kinder- und Jugendförderplanung hat die Anregungen und Vorschläge aus der Anhörung der Akteure im Erfurter Südosten diskutiert und entsprechend seiner Zuständigkeit Vorschläge zum weiteren Vorgehen erarbeitet. Darüber hinaus gab es auch viele Anregungen die sich an andere Bereiche der Stadtverwaltung richten und die in diesen Fachbereichen weiter bearbeitet werden sollen.

Allgemein wird eine Information und Sensibilisierung der Akteure und Stadtteilbewohner/innen zur Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus und die Wahrnehmung der Perspektive von betroffenen rechter und rassistischer Gewalt als fortlaufende Aufgabe beschrieben. Die Angebote der Mobilen Beratung und der Opferberatung stehen dabei allen Interessierten zur Verfügung.

1) Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Stärkung der Handlungskompetenz der Akteure vor Ort:

- Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort sollen passende und bedarfsgerechte Fortbildungsmaßnahmen ermöglicht werden.
- Empfohlen wird beispielsweise das Fortbildungsangebot des "cultures interactive" - Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltpräventionen e.V. Die Vertreter des Jugendamtes werden um Prüfung der Möglichkeiten zur Mittelbereitstellung gebeten.
- Nutzung der Fortbildungsangebote für Mitarbeiter/innen der Kitas, in der Jugendhilfe und Lehrer/innen aus dem Landesprogramm "Denk bunt"
- Aufbau einer eigenen Vernetzungsstruktur der Jugendarbeit, außerhalb der Stadtteilkonferenz. Initiierung durch das Jugendamt mit Unterstützung des Stadtjugendrings.
- Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit rechten und rassistischen Übergriffen mit Unterstützung durch die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (EZRA)
- Aufklärung über konkrete Ansprechpartner bei Übergriffen oder Problemen in den Einrichtungen

Weiterentwicklung der Angebote vor Ort

- Umsetzung des Interessenbekundungsverfahrens „Bildungsangebote Demokratiebildung und -förderung“ mit dem Schwerpunkt in Erfurt Südost
- Die Konzeption des Streetworkangebots in Süd-Ost soll im Unterausschuss vorgestellt und beraten werden.
- Durchführung einer Fachtagung unter Einbeziehung von Mobit und ezra mit den im Stadtteil aktiven Trägern.

Entwicklung spezieller fachlicher Angebote für rechtsaffine Jugendliche

- Angebotsvorschlag des "cultures interactive": Der Unterausschuss unterstützt eine Etablierung eines "DisTanZ-Zentrums Herrenberg", als Angebot ohne zusätzlichen Mittelaufwand.

2) Empfohlene Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen:

- Stärkung der Schuljugendarbeit unter Einbeziehung der Angebote von "Radio F.R.E.I"
- Die Mitarbeiter des Jugendamts und des Amts für Bildung stehen den Schulen für eine Beratung bei der Mittelbeantragung zur Verfügung
- Bitte an das Schulamt: Bereitstellung von Fortbildungsangeboten für Lehrer/innen unter entsprechender Anpassung des dafür vorgesehenen Budgets.
- Spezielle Angebote zur Hausaufgabenförderung sind bereits in den Schulen verankert (z.B. Projekt E.U.L.E) Diese sollten unter den Akteuren kommuniziert und der Bekanntheitsgrad der Projekte gesteigert werden.

3) Empfohlene Maßnahmen außerhalb der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe

Attraktiver Stadtteil:

- Der Unterausschuss empfiehlt, dieses Thema in den jeweiligen Ortsteilräten aufzugreifen bzw. zu vertiefen. In diesem Zusammenhang sollten die Fördermittel des Programms "Soziale Stadt" berücksichtigt werden.
- Der Unterausschuss regt an, die Nutzung und temporäre Überlassung von öffentlichen Einrichtungen und Räumlichkeiten (z.B. Stadtteilzentrum, Familienzentrum, etc.) für Vereine, Initiativen oder private Feierlichkeiten und Ähnliches zu prüfen und bittet das Jugendamt verstärkt auf die bereits bestehenden Möglichkeiten hinzuweisen.
- Verbesserung des allgemeinen Wohnumfeldes: unzureichende Straßenbeleuchtung im Stadtteil, überfüllte Mülleimer an den Wegen und die Plakatierung von öffentlichen Anlagen mit Stickern und ähnlichem
- Prüfung der Beschilderung der öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der Jugendhäuser
- Nutzung leerstehender Objekte für Angebote und Projekte
- Wiedereröffnung des Gebäudes der ehemaligen Bibliothek als Bildungs- und Begegnungsort
- verstärkte offene Angebote zur freien Internetnutzung
- Fortführung der Stadtteilstefte – nach Möglichkeit auch Vereinfachung des Meldeverfahrens dafür, bspw. durch koordinierende Stelle in der Verwaltung. (Nimmt Antrag auf und koordiniert Zuständigkeiten)

Allgemein verbesserte Kommunikation im Stadtteil

- Eine verbesserte Kommunikation der bestehenden Angebote durch z.B. die Möglichkeiten im Internet und moderne Medien wird unterstützt - Zuständigkeit: Stadtteilkonferenz, Quartiersmanager
- die Zusammenarbeit einer verbindlichen und verantwortlichen Gruppe, bestehend aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Politik, dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung soll im Rahmen der Stadtteilkonferenz gestärkt werden
- Bei Unterstützungsbedarf durch Dolmetscher zur Bewältigung bestehender Sprachbarrieren wird auf die bestehenden Möglichkeiten (ehrenamtliche Dolmetscher, ZIM, Migrationsbeauftragte/r etc.) hingewiesen. Das Thema sollte im Integrationskonzept Berücksichtigung finden.

Quartiersmanagement

- Der Unterausschuss verweist auf die geplante Einrichtung des Quartiermanagements (Die Stelle befindet sich derzeit im Ausschreibungsverfahren)
- Diese Stelle soll insbesondere zur Verbesserung der Vernetzung und Koordination unter den im Stadtteil ansässigen Vereinen, Initiativen und Einrichtungen genutzt werden.
- Eine Sozialraum- und/oder Sozialstrukturanalyse wird als Maßnahme im Rahmen der städtischen Sozialplanung angestrebt
- Der Unterausschuss regt die Vertreter der Stadtverwaltung Erfurt an, eine Übersicht zu allen bestehenden Fördermitteln für Veranstaltungen und Mikroprojekte zu erstellen und diese an die Träger weiterzuleiten.

Rechtliche Rahmen von öffentlicher Immobiliennutzung konsequent durchsetzen

Aus Sicht des Unterausschusses wird dieser Punkt hoch priorisiert. Es wird auf die Zuständigkeit und Präsenz der entsprechenden Ämter bei Fragen zum Jugendschutz, Brandschutz, der Hygiene etc. verwiesen